

BERLINER RUNDSCHAU

Wie sicher ist Rot-Rot?

**Eskalierende Gewalt,
wackelnde Mehrheiten
und rotzige Bemerkungen
kennzeichnen die Politik
des Wowereit-Senats**

**Am 7. Juni Liste 1
CDU wählen**



Berlins Stimme in Europa

Am 7. Juni Joachim
Zeller und CDU wählen!

Seite 3, 5 und 16



Schäuble beim Klei- nen Landesparteitag

Für eine Privilegierte
Partnerschaft der Türkei

Seite 7



Spitzenergebnis für Frank Henkel

CDU Berlin wählte neue
Führungsspitze

Seite 8 und 9

ZAHLEN & FAKTEN – DIE EUROPÄISCHE UNION

6 Mitglieder hatte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) – ein Vorläufer der EU – bei ihrer Gründung 1957: Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande

24% der EU-Bürger haben Deutsch als Muttersprache

99 Abgeordnete sitzen für Deutschland im Europäischen Parlament – damit stellen sie die mit Abstand größte Gruppe unter den insgesamt 785 Mitglieder des Europaparlaments

30% der 25- bis 34-jährigen EU-Bürger absolvieren ein Hochschulstudium

23 Amts- und Arbeitssprachen gibt es innerhalb der Europäischen Union

30.000.000.000 Euro stellt die EU jährlich in ihren Strukturfonds zur Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede der Regionen zur Verfügung

81% der EU-Bürger sind mit ihrem Leben „sehr zufrieden“ oder „ziemlich zufrieden“

12 gelbe Sterne trägt die Europaflagge – diese Zahl wurde gewählt, da sie traditionell als Symbol für Vollkommenheit, Vollständigkeit und Einheit gilt

9.600.000.000.000 Euro betrug das Bruttoinlandsprodukt der EU im Jahr 2006

500.000.000 Einwohner hatte die EU am 1. Januar 2009

4.324.782 km² beträgt die Fläche der Europäischen Union insgesamt

Berlins starke Stimme in Europa

Mit der Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 werden wichtige Weichen für die Zukunft Europas und damit auch Berlins gestellt. Die Berlinerinnen und Berliner brauchen eine starke Stimme, die ihre Interessen in Europa vertritt. Dafür steht der Spitzenkandidat der CDU Berlin, Joachim Zeller.



Berlin ist durch die Osterweiterungen der Europäischen Union in die Mitte der europäischen Staatengemeinschaft gerückt. Das birgt besondere Herausforderungen, vor allem aber auch große Chancen für unsere Stadt. Joachim Zeller, der Spitzenkandidat der CDU Berlin für die Europawahl, hat es sich zum Ziel gemacht, diese Chancen optimal zu nutzen und mit starker Stimme für Berlin in Europa zu sprechen. „Vor dem Hintergrund,

dass die Europäische Union einen immer stärkeren Einfluss auf unsere Gesetzgebung nimmt, ist es wichtig, dass wir unsere Interessen artikulieren und das europäische Projekt aktiv mitgestalten“, erklärt Zeller. Seine Schwerpunkte setzt er dabei in verschiedenen Bereichen – von Bildung und Forschung über Wirtschaft, Integration und Innere Sicherheit. So müsse beispielsweise die neue länderübergreifende Metropolstellung Berlins durch den Ausbau der Verbindungen in

die östlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wirtschaftlich besser genutzt werden, erläutert der Spitzenkandidat der Berliner CDU. Dazu bedürfe es einer Verbesserung der Straßen, der Schienen- und der Wasserwege nach Osteuropa. Auch beim Thema Innere Sicherheit setzt Zeller auf Zusammenarbeit: „Die europäische Einigung hat uns mehr Freiheit, mehr Freizügigkeit und Mobilität gebracht. Das darf aber nicht dazu führen, dass dieses hohe Gut von Kriminellen missbraucht wird. Die Berliner Sicherheitskräfte sind so auszustatten und in die europäischen Sicherheitssysteme einzubinden, dass ein Höchstmaß an Sicherheit für die Menschen unserer Stadt erreicht wird.“ Was den Einsatz von EU-Fördermitteln in Berlin betrifft, sieht der CDU-Kandidat noch Nachbesserungsbedarf: „Die europäischen Förderinstrumente sollten, neben der Unterstützung von Forschung und Entwicklung und dem Ausbau der Infrastruktur, noch stärker auf Integrations- und Bildungsmaßnahmen ausgerichtet werden. Hierzu müssten die bereitstehenden Mittel aber – anders als unter Rot-Rot – auch abgerufen werden.“ Bezüglich einer Erweiterung der Europäischen Union zeigt sich Zeller skeptisch: „Die EU steht gerade jetzt, unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise, vor einer großen Bewährungsprobe. Daher muss eine Erweiterung besonders intensiv geprüft werden.“ Eine Chance für einen Beitritt zur europäischen Wirtschafts- und Wertegemeinschaft könne deshalb allenfalls Kroatien eingeräumt werden, so Zeller, in Hinblick auf die Türkei befürworte er das Modell der Privilegierten Partnerschaft. Vor allem komme es in Zeiten der Krise aber



Bei der Eröffnung des CDU-Wahlkampf-Cafés stellt Joachim Zeller sein Team der Jungen Union vor.

auf Zusammenhalt und Handlungsfähigkeit an. „Ich kämpfe für ein starkes Europa, das lebendig und bürgernah ist“, erklärt Zeller, „Europa liegt mir am Herzen“.



WIE VIELE VERLETZTE POLIZISTEN SIND OKAY?

Wie viele verletzte Polizisten sind tolerabel? Müssen wir uns an die alljährlichen Vergleiche und Aufrechnungen von verletzten Polizisten und sogenannten „Demonstranten“ gewöhnen? Dürfen Autos bestimmter Marken eher angesteckt werden als andere? In welchen Bezirken und Stadtteilen dürfen renovierte Wohnungen eher zerstört werden als in anderen?

Doch stopp! All diese Fragen überhaupt stellen zu müssen, ist im Grunde genommen absurd. Dennoch: Es spiegelt wohl die Maßstäbe wider, mit denen der rot-rote Woyewit-Senat sich um die Sicherheit in unserer Stadt kümmert.

In dem Deutschland, das wir meinen, darf jeder seine Meinung sagen, mag sie klug oder dumm sein. Es darf jeder dafür demonstrieren und auf die Straße gehen, solange damit nicht gegen Gesetze verstoßen wird.

Aber ein Anrecht auf Randalen, Krawall, Körperverletzung und Sachbeschädigung gibt es nicht!

Durch die aktuellen Ereignisse um rot-rot im Abgeordnetenhaus ist der 1. Mai fast in Vergessenheit geraten. Völlig zu Unrecht, denn er war noch bemerkenswerter als in den letzten Jahren. Im Vorfeld wurde die Sicherheitslage durch den Innensenator und den Polizeipräsidenten offenbar völlig falsch eingeschätzt und verharmlost, das Gewaltpotential heruntergespielt und, besonders bemerkenswert, ein Stand der Friedrichshain-Kreuzberger CDU untersagt, weil dieser den linken Pöbel provozieren könnte.

Moment mal – eine demokratische Partei darf in bestimmten Vierteln der deutschen Hauptstadt zu bestimmten Terminen keine Veranstaltung mehr durchführen? – Da passte es ja, dass der SPD-Innensenator Körtling zwei Abende vorher aus SO 36 von dem gleichen Mob hinausgejagt wurde. Offenbar sind wir inzwischen so weit, dass es in Berlin No-Go-Areas für Demokraten gibt, gewaltbereite Vermummte sich aber immer und überall ausleben dürfen. Und dann vergleicht der gleiche Innensenator anschließend die Gewaltexzesse dieser Chaoten mal eben mit Vergewaltigungen von Frauen. Hinterher befindet er es nicht einmal für notwendig, sich für diesen unsäglichen Vergleich zu entschuldigen. Wer in so kurzer Zeit so viele Fehler macht, ist selbst ein Sicherheitsrisiko für die Stadt. Es wird wirklich Zeit, dass der rot-rote Spuk ein Ende findet.



„Ich rannte um mein Leben“

479 Polizisten wurden bei den Ausschreitungen linksextremer Gewalttäter rund um den 1. Mai allein in Berlin verletzt. Hier schildern Beamte ihre Erlebnisse:

Jörg (41), Bereitschaftspolizei Berlin: „Als der Umzug bei uns auftauchte, wurden wir sofort bespuckt, beleidigt, beworfen, bedroht. Plötzlich flogen Steine auf uns, wegen der Nebelgranaten hatten wir keine Sicht. Doch wir durften nicht reagieren. [...] Wir waren entsetzt. Die Straftäter marschierten an uns vorbei und lachten uns aus. [...] Die Polizei hat an diesem Tag rechtsfreie Räume zugelassen. [...] Ich habe keine Lust mehr, für politische Idioten den Hampelmann zu spielen!“

Fabian Rockhausen (27) und Heiko Wille (26), Bereitschaftspolizei Hamburg: „Die Nacht des 1. Mai in Kreuzberg gehört mit zu den schlimmsten Einsätzen unserer Laufbahn. Es gab keine Strategie, eine schlechte Kommunikation und viele Verletzte. [...] Es flogen Steine und Flaschen. [...] Neben uns fielen Kollegen um, die von Wurfgeschossen getroffen wurden. [...] Dieser Einsatz wird uns noch lange Zeit beschäftigen. Vor allem die verletzten Kollegen. [...] Der Einsatz in Berlin war eine Frechheit. Wir wurden verheizt.“

Andreas (31), Anti-Konflikt-Team Berlin: „Wir kamen uns vor wie Bauernopfer. Dabei hatten wir im Vorfeld noch unsere Führung davor gewarnt, so in den Einsatz zu gehen. Die Stimmung auf der Demo war aufgeladen, bald flogen die ersten Steine und Flaschen. Über Funk riefen Kollegen bereits um Hilfe, doch es gab die Anweisung, keine Festnahmen zu machen. Der Mob stürmte auf uns zu, drückte uns vor sich her. [...] Ich rannte um mein Leben.“

Jens (30), Bereitschaftspolizei Berlin: „Am Kottbusser Tor gab es Ausschreitungen, bei denen etliche Kollegen verletzt wurden, die um Unterstützung riefen. Obwohl wir nur 500 Meter entfernt waren, durften wir nicht eingreifen. [...] Wir mussten zusehen, wie Staatsfeinde und Randalierer die Rechte anderer gebrochen haben. Ich kann dieser Polizeiführung nicht loyal dienen. Sie hat es nicht verdient.“

Quelle: Berliner Morgenpost, 7. Mai 2009

479 verletzte Polizisten -

Die Gewaltexzesse linker Chaoten beim diesjährigen 1. Mai haben einen traurigen Höhepunkt erreicht: 479 Polizisten wurden verletzt, davon sind 27 bis heute nicht dienstfähig. Der Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Berlin, Frank Henkel, warnt davor, das linksextremistische Gefahrenpotential in Berlin zu ignorieren.

wurden mehr als 1.000 Autos in unserer Stadt durch Anschläge linker Extremisten zerstört. Es gab im Vorfeld des 1. Mai wiederholt Buttersäureanschläge auf Restaurants sowie Farbbeutel- und Steinwürfe auf Häuser, Busse und öffentliche Einrichtungen“, erläuterte Henkel. „Erst kürzlich musste Innensenator Körting am helllichten Tag selbst vor Autonomen flüchten“.



„Die Ausschreitungen beim diesjährigen 1. Mai waren brutal und menschenverachtend. Diese Attacken auf unsere Demokratie können durch nichts legitimiert oder entschuldigt werden“, erklärte der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Berlin, Frank Henkel. Die hohe Anzahl der dabei zu Schaden gekommenen Polizisten mache betroffen und sei eine Schande für Rot-Rot. Henkel wies zudem darauf hin, dass die Gewaltexzesse bereits im Vorfeld angekündigt gewesen seien, SPD-Innensenator Körting und Polizeipräsident Glietsch die Gefahren jedoch heruntergespielt hätten. „Sie haben alle Warnzeichen ignoriert. In den letzten vier Jahren

Zeitungsberichten zufolge sollen Polizisten bei ihrem Einsatz angewiesen gewesen sein, auf sichtbare Festnahmen sowie auf das Tragen von Schutzhelmen zu verzichten, um nicht zu provozieren. Der Einsatz von Wasserwerfern sei aus den gleichen Gründen untersagt worden. „Auf diese Weise wurden unsere Beamten und viele zur Unterstützung aus anderen Bundesländern geordnete Einheiten am 1. Mai regelrecht geopfert“, kritisierte der Vorsitzende der Berliner CDU.

Offensichtlich sei die linke Senatsregierung bereit, einen Wertewechsel hinzunehmen, sagte

eine Schande für Rot-Rot

Henkel. Die offensichtlich politisch motivierte Absage des Polizeipräsidenten an den Kreuzberger CDU-Verband, einen Informationsstand am Rande des MyFestes aufzustellen, sei nur ein weiterer Beleg dafür. „Wir halten dem entgegen“, betonte Henkel. „Es darf auch in Berlin keine No-Go-Areas für Demokraten geben. Die Deeskalation vor Autonomen ist eine Bankrotterklärung des Rechtsstaats“. Innensenator Körting sei zu einem Sicherheitsrisiko für Berlin geworden: 500.000 Straftaten pro Jahr, beinahe jeden Nacht Brandanschläge, Personalabbau von 1.300 Polizisten. „Obendrein ist der Vergleich Körtings, bei der er eine ähnlich sinkende Hemmschwelle bei Gewalttätern am 1. Mai und Beteiligten einer Massenvergewaltigung ausmacht, geschmacklos, unerträglich und ein Hohn für alle Vergewaltigungsopfer“, so der CDU-Landesvorsitzende. Bisher habe es dafür keine öffentliche Entschuldigung von Körting gegeben und auch die ausbleibende Reaktion des Regierenden Bürgermeisters Wowereit

werfe die Frage auf, wie weit die Maßstäbe dieser Regierung bereits verrückt seien.

„Wir fordern eine klare Ächtung von Gewalt durch alle gesellschaftlichen Kräfte – immer und überall. Deshalb haben wir den Senat aufgefordert, einen Runden Tisch gegen Linksextremismus einzurichten, an dem neben Politikern, Polizei und Staatsanwaltschaft auch Anwohnerinitiativen, zum Beispiel die Organisatoren des Myfestes, Gewerbetreibende, Sozialarbeiter beteiligt werden“, erklärte Henkel. „Es ist endlich an der Zeit, die Menschen in den Kiezen vor der linken Bedrohung zu schützen. Sie haben ein Recht auf Sicherheit und Unversehrtheit ihres Eigentums“ betonte der CDU-Chef. Außerdem müssten Handlungsstrategien erarbeitet werden, damit sich dieses demokratie- und menschenverachtende Gedankengut nicht in den Köpfen junger Menschen verfangt, so Henkel abschließend.

Debatte im Bundestag zu Berliner Krawallen

Die Krawalle am 1. Mai in Berlin sind nun auch Gegenstand einer Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestags geworden. Die Extremismusexpertin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kristina Köhler, fordert angesichts der Gewaltexzesse einen „Aufstand der Anständigen“. „Dieser 1. Mai warnt davor, die linksextremistische Gefahr aus den Augen zu verlieren“, betonte Köhler. Die wehrhafte Demokratie dürfe auf „keinem ihrer Augen blind sein“. Ausdrücklich widersprach die CDU-Politikerin der These, die Berliner Mai-Krawalle seien von ein paar unpolitischen Choten ausgegangen. Tatsächlich lese sich die Unterstützerliste wie das „Who-is-Who des Linksradikalismus und des Linksextremismus“ in der Hauptstadt. Angemeldet hatte die so genannte „Revolutionäre 1. Mai-Demonstration“ der Berliner Politiker der Partei „Die Linke“, Kirill Jermak. Außerdem waren die Antifaschistische Linke Berlin dabei, die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin, die DKP Berlin, die Jugendantifa Berlin, die Sozialistische Deutsche ArbeiterInnenjugend Berlin sowie die Gruppe „Bildungsblockaden einreißen“. Diese Gruppierung hatte Ende letzten Jahres die vermeintliche Schülerdemo veranstaltet, aus deren Mitte heraus eine Ausstellung zum jüdischen Leben in der Humboldt-Universität zerstört worden war. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Clemens Binninger bescheinigte dem rot-roten Senat in der Hauptstadt, vor der Gewalt kapituliert zu haben. Es sei ein Fehler gewesen, dass nur ungeschützte Anti-Konfliktteams den von Anfang an gewalttätigen Demonstrationzug begleitet hätten. Zudem seien keine Wasserwerfer zum Einsatz gekommen, die die Krawallmacher auf Distanz hätten halten können. Berlins Innensenator Erhart Körting (SPD) habe sich offenbar fürs Nichtstun entschieden.

„Innensenator und Polizeipräsident sind den eingesetzten Polizistinnen und Polizisten eine Erklärung schuldig, wie so viele ihrer Kolleginnen und Kollegen am 1. Mai verletzt werden konnten. Die Briefe und Augenzeugenberichte von Beamtinnen und Beamten lassen ein tiefes Misstrauen zu den politischen Verantwortlichen erkennen. Nur eine lückenlose Untersuchung der Geschehnisse und eine aufrichtige Bewertung des Einsatzkonzeptes können verhindern, dass sich Polizei und Führung noch weiter voneinander entfernen und das letzte Überbleibsel von Respekt und Vertrauen verloren geht“, betonte der Vorsitzende der Berliner Landesgruppe im Bundestag, Kai Wegner.



„Das ist wie bei Sexualdelikten: Ist die Frau erst mal ausgezogen und vergewaltigt, dann fällt es anderen leichter, auch mitzumachen. Jeder hat mal Grenzüberschreitungen versucht, ich auch.“
(Ehrhart Körting, BILD-Zeitung, 02. Mai 2009)

„Gelegenheit macht Diebe, Gelegenheit macht Vandalismus. Man sollte als Besitzer teurer Karossen nicht provozierend parken, sondern am besten gut sichtbar.“
(Ehrhart Körting, Berliner Morgenpost, 14. Juni 2008)

„Für die meisten ist das eine Phase, damit sie später, wenn sie Ärzte oder Rechtsanwälte sind, ihren Kindern sagen können, sie haben auch mal einen Stein geworfen...“
(Ehrhart Körting, Berliner Morgenpost, 09. Juni 2008)

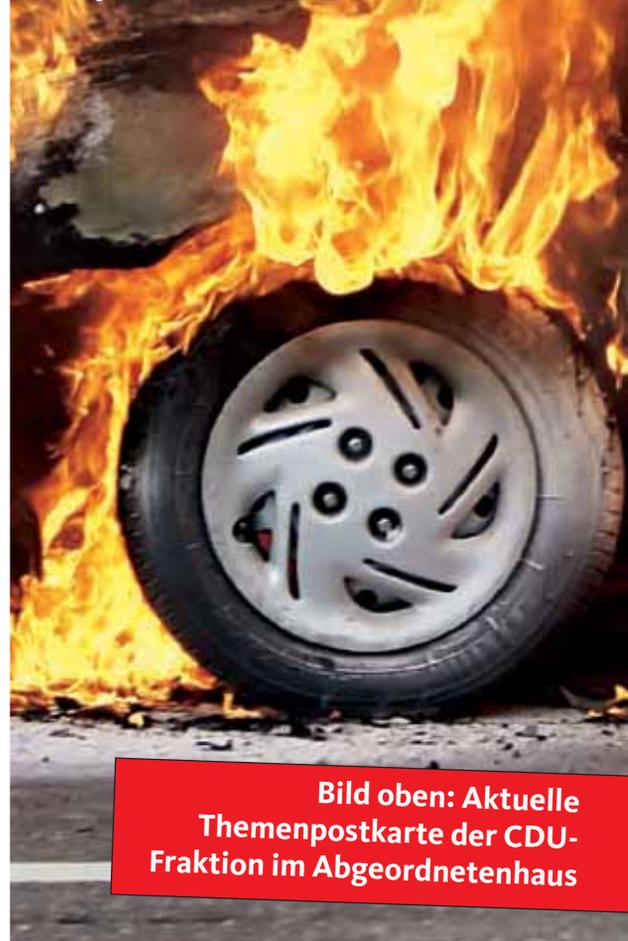
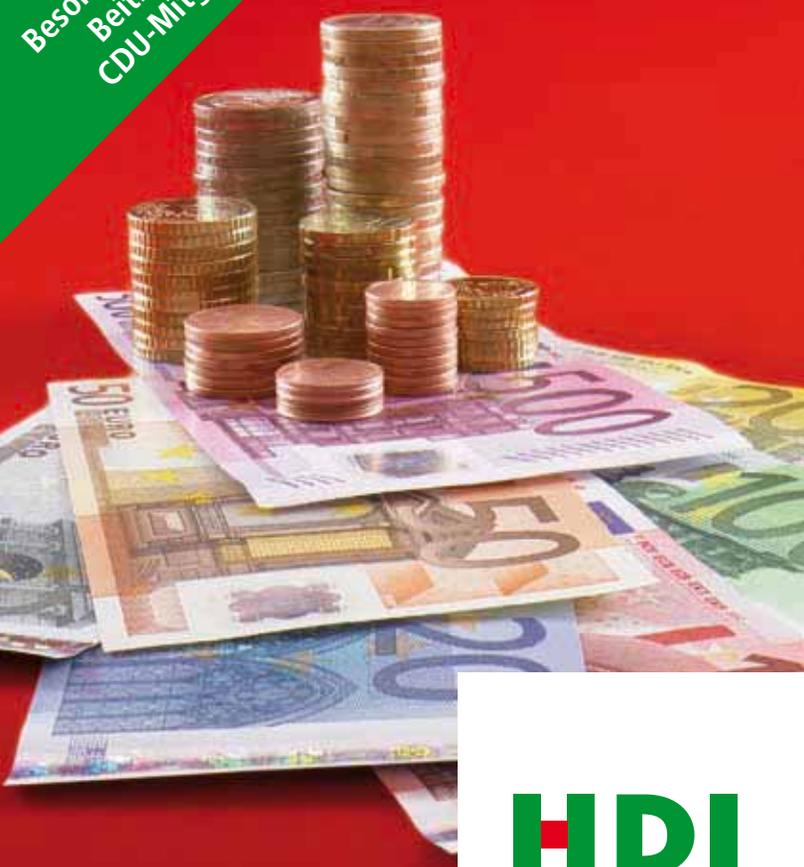


Bild oben: Aktuelle Themenpostkarte der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus

Besonders günstige
Beiträge für
CDU-Mitglieder



HDI

HDI Versicherungen

Sparen Sie Geld!

Das Angebot exklusiv für CDU Mitglieder:

Warum sparen Sie Geld
bei HDI?

- CDU Mitglieder handeln verantwortungsvoll. Das belohnt HDI mit besonders günstigen Preisen
- Starkes Preis-Leistungs-Verhältnis: HDI arbeitet günstiger als Direktversicherer
- Schnelle und unbürokratische Hilfe im Schadensfall
- Kombi-Sparbeiträge: Beitragsersparnis für Mitglieder bis 27 %

Telefon 0180 2 703703*
Telefax 030 3204-455

*6 Ct. pro Anruf aus dem Festnetz der Dt. Telekom, abweichende Preise aus Mobilfunknetzen möglich.

HDI
Niederlassung Berlin
Stichwort: „CDU“
Krausenstraße 9-10
10117 Berlin

„Zusammenbringen, nicht spalten“

Nach dem Volksentscheid über die Einführung eines Wahlpflichtfachs Ethik/Religion appelliert der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Berlin, Frank Henkel, an den Regierenden Bürgermeister, die Debatte zu entschärfen und an einem Kompromiss zu arbeiten.

„Der Regierende Bürgermeister sollte jetzt schnell die Hand zur Versöhnung reichen und die durch eine kaum vorstellbare Schärfe in der Debatte entstandenen Gräben überwinden“, forderte der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Berlin, Frank Henkel, nach dem Volksentscheid über die Einführung eines Wahlpflichtfachs Ethik/Religion an Berliner Schu-

Bürgermeister die Emotionen immer wieder zusätzlich schürte. Wovoreits Entscheidung, den Termin für den Volksentscheid von der Europawahl abzukoppeln und dem Berliner Steuerzahler dadurch 1,5 Millionen Euro unnötige Mehrkosten aufzubürden, sorgte ebenso für Entrüstung bei den Unterstützern der Initiative „Pro Reli“ wie die beiden mit Steuergeldern finanzierten Anzeigenkampagnen des Senats gegen einen gleichberechtigten Religionsunterricht.

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Berlin, das die steuerfinanzierten Zeitungsanzeigen von Rot-Rot als klaren Verstoß gegen die Chancengleichheit wertete und untersagte,



Auch die JU Berlin unterstützte Pro Reli und hängte über 5.000 Plakate in der Stadt auf. Die Junge Union traf sich dabei mit dem Komiker Markus Majowski, der im Blues Brothers Kostüm „im Auftrag des Herrn“ ebenfalls für ein Ja beim Volksentscheid warb.

len. Bei der Abstimmung hatten sich 346.119 Berlinerinnen und Berliner – und damit 48,5 Prozent der Teilnehmer – für ein gleichberechtigtes Unterrichtsfach Religion ausgesprochen. Die fast gleichstark artikulierten Interessen für und gegen ein Wahlpflichtfach Religion müssten für Wovoreit jetzt endlich das Signal sein, den Dialog zu suchen und Kompromisse zu ermöglichen, so Henkel, „es ist nicht die Aufgabe des Regierenden Bürgermeisters, die Stadt einer Spaltung auszusetzen, sondern die Menschen zusammenzubringen“. Dem Volksentscheid war eine wochenlange, heftige Debatte vorausgegangen, in deren Verlauf insbesondere der Regierende

wollte Wovoreit nicht akzeptieren. Auch nach dem Volksentscheid ließ der Regierende Bürgermeister Fairness vermissen und tat die 346.119 Berlinerinnen und Berliner, die für ein gleichberechtigtes Unterrichtsfach Religion gestimmt hatten, als eine zu vernachlässigende „Randgruppe“ ab. „Der rot-rote Senat hat sich von Anfang an nicht geschämt, das Volksbegehren mit allerlei Tricks zu behindern und dabei auch den Steuerzahler mit unnötigen Millionenkosten zu belasten“, kritisiert Henkel, „dabei ist es die Pflicht des Senats, Fairness zu wahren - gerade auch, wenn es um einen Volksentscheid geht, der ihm politisch nicht passt“.

Schäuble: „Für eine Privilegierte Partnerschaft mit der Türkei“

Unter dem Motto „Wir in Europa“ startete die CDU Berlin auf ihrem 4. Kleinen Landesparteitag gemeinsam mit ihrem Spitzenkandidaten Joachim Zeller in die entscheidende Phase des Europawahlkampfes. Hauptredner Dr. Wolfgang Schäuble zeigte auf, warum es lohnt, für ein starkes Europa zu kämpfen.

Der Veranstaltungsort hätte treffender nicht sein können: In den Räumen der Europäischen Akademie Berlin, deren Ziel es ist, die europäische Integration zu fördern, kam die CDU Berlin am 9. Mai 2009 zu ihrem 4. Kleinen Landesparteitag

zusammen, um gemeinsam mit ihrem Spitzenkandidaten Joachim Zeller in den Europawahlkampf zu starten. Unter dem Motto „Wir in Europa“ diskutierten die Anwesenden die europapolitischen Leitlinien der CDU und verabschiedeten ein-

stimmig den Antrag „Berliner Schwerpunkte – Forderungen der CDU Berlin zur Europawahl“. Darin spricht sich die Berliner CDU unter anderem für einen effektiveren Einsatz von EU-Fö-

dermitteln in Berlin sowie für einen schnellen Ausbau der Schienen- und Wasserwege nach Osteuropa aus. Für Erweiterungen der Europäischen Union sehen die Berliner Christdemokraten derzeit kaum Spiel-

raum. In seiner Rede unterstrich der Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble, wie wichtig eine starke Europäische Union gerade in Zeiten der Krise ist: „Gemeinsam sind wir stärker als allein. Ein Europa, das mit einer Stimme spricht, wird eher gehört“, erklärte Schäuble auch im Hinblick auf die Durchsetzung strengerer internationaler Finanzregeln. „In einer Welt, die durch die Globalisierung immer enger zusammenwächst, können wir keine Alleingänge mehr machen“. Um trotz ihrer Größe von nunmehr 27 Mitgliedsstaaten handlungsfähig zu bleiben, müsse die Europäische Union jedoch auf eine neue Grundlage gestellt werden, gab der Bundesinnenminister zu bedenken, „deshalb führt am Lissabon-Vertrag kein Weg vorbei“. Das Verhältnis der EU zur Türkei beschrieb Schäuble als sehr wichtig: „Die Türkei kann ein Vorbild für andere islamische Länder sein und beweisen, dass



Demokratie und Islam keine Gegensätze sind. Dabei sollten wir die Türkei unbedingt unterstützen.“ Deshalb spreche sich die CDU für eine Privilegierte Partnerschaft mit der Türkei aus, so Schäuble, eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU sehe er auf absehbare Zeit jedoch nicht. In seiner Rede thematisierte der Bundesinnenminister auch die Ausschreitungen zum 1. Mai in Berlin und versprach, die Ereignisse zum Thema der nächsten Innenministerkonferenz zu machen:

„Wir Demokraten müssen zusammenhalten. Jede demokratische Partei muss, wo immer sie will, ihre Meinung



frei äußern dürfen“, sagte er und spielte damit darauf an, dass es der CDU in Kreuzberg untersagt wurde, zum 1. Mai einen Informationsstand aufzustellen. Schäuble kam in seinen Ausführungen auch auf die Anfänge der Europäischen Union zurück, erinnerte an den Einsatz Adenauers für Frieden und Freundschaft in Europa und an den Kampf Helmut Kohls um die Deutsche Einheit. Die CDU sei schon immer die Europapartei Deutschlands gewesen, so Schäuble. „Und wer, wenn nicht die CDU soll unser Land in diesen schwierigen Zeiten sicher durch die Krise bringen“, schloss der Bundesinnenminister seine Rede unter großem Applaus.





Für eine bürgerliche

Vertrauen, Zuversicht und Geschlossenheit waren an diesem 28. März 2009 auf dem 32. Landesparteitag der CDU Berlin im Neuköllner Estrel-Hotel allseits zu spüren.

Das beeindruckte selbst die Bundeskanzlerin, die eigens gekommen war, um Frank Henkel zu

den Frank Henkel mit einem beeindruckenden Wahlergebnis von 90,6 Prozent in seinem Amt bestätigt. „Lasst uns gemeinsam für eine bürgerliche Erneuerung der Stadt kämpfen“, rief Henkel seinen Parteifreunden zu, „wir brauchen ein breites Bürgerbündnis, um Berlin nach über

bei der Abstimmung über das größte Konjunkturprogramm in der Geschichte Deutschlands, bei der er die Zustimmung Berlins zwar verweigert, die im

Programmen enthaltenen Finanzhilfen derweil aber eifrig verplant habe. „Damit hat Wowereit Berlin zu einem rotzigen Bittsteller gemacht und die Hauptstadt von den anderen Bundesländern entsolidarisiert“, so Henkel.

Der CDU-Chef kritisierte darüber hinaus die ausgeprägte Investorenfeindlichkeit des rot-roten Senats, die Berlin Tausende Arbeitsplätze kostete, sowie die rot-rote Schulpolitik. Der Linkspartei gehe es um einen „Kulturkampf gegen die Gymnasien“ und das „Zusammenmischen der Schulkulturen“, so Henkel, „aber es gibt kein Einheitskind, deswegen darf es auch keine Einheitsschule geben“. In Hinblick auf die Innere Sicherheit bemängelte Henkel den drastischen Personalabbau bei der Berliner Polizei und warf Rot-Rot „Raubbau an der Sicherheit“ vor. „Die Menschen haben Rot-Rot satt“, stellte Henkel abschließend fest. Die Delegierten quittierten die Rede des wiedergewählten Landesvorsitzenden mit minutenlangem,



Ausgezeichnet! Die meisten Neumitglieder in 2008 warben Treptow-Köpenick, vertreten durch den Vorsitzenden Fritz Niedergesäß (links), und Tempelhof-Schöneberg, mit dem Kreis-Chef Florian Graf (2. v. rechts).



Mit einem überragenden Ergebnis von 90,6 Prozent der Stimmen wurde Frank Henkel auf dem 32. Landesparteitag der CDU Berlin in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Bundeskanzlerin Angela Merkel gratulierte persönlich und lobte in ihrer begeistert gefeierten Rede die Geschlossenheit der Berliner Union.

seinem Erfolg zu gratulieren und die Berliner Union auf das Superwahljahr 2009 einzustimmen. „Der Aufbruch ist geschafft, es ist Zeit für eine richtig starke Hauptstadt-CDU“, stellte Angela Merkel zufrieden fest. Wenige Minuten zuvor hatten die 301 Delegierten des Landesparteitages den bisherigen Landesvorsitzen-

sieben Jahren Rot-Rot endlich wieder voranzubringen“. In seiner Rede kritisierte Henkel den überheblichen und rücksichtslosen Politikstil des Regierenden Bürgermeisters und sprach sich gegen Wowereits bürgerfernes „Sonnenkönig-Gehabe“ aus. Wowereit habe Berlin mehrfach blamiert und isoliert, wie beispielsweise





Erneuerung Berlins

stehendem Applaus und Bravorufen. Auf große Zustimmung stieß auch das ausgewogene Personalkonzept Henkels, für das er neben verdienten Parteigrößen auch politische Quereinsteiger wie den Werbefachmann Prof. Thomas Heilmann, den Rechtsanwalt Burkard Dregger und das Verdi-Bundesvorstandsmitglied Elke Hannack gewinnen konnte. Mit der Einführung eines Präsidiums sowie weiteren Möglichkeiten zur besseren Mitgliederbeteiligung wurden auch die von der Basis gewünschten und von Frank Henkel versprochenen Satzungsreformen umgesetzt. Des Weiteren forderte der Parteitag unter anderem die Stärkung der Berliner Bezirke und eine möglichst schnelle Lösung bei der Neuordnung der Job Center. Erfreut über das neue starke Wir-Gefühl in der Berliner CDU zeigte sich Angela Merkel sehr zuversichtlich: „Sie können das, Sie werden das schaffen“, sagte die Bundeskanzlerin im Hinblick auf einen Regierungswechsel in Berlin 2011. „Meine Arme sind offen, meine Ohren sowieso, und mein Kopf ist wohlgesinnt“, versicherte Merkel ihre Unterstützung.



Auf seiner Klausurtagung in Bautzen besuchte der neu gewählte Landesvorstand die dortige Gedenkstätte (Bernd Krömer, Dr. Uwe Lehmann-Brauns, Frank Henkel, Leiterin der Gedenkstätte Dr. Silke Klewin, Prof. Manfred Wilke; v.l.n.r.). Auf der Tagung wurde außerdem der inhaltliche und organisatorische Rahmen für das Wahlkampfjahr festgelegt.

DAS IST DER NEUE LANDESVORSTAND DER CDU BERLIN

Frank Henkel

Eindrucksvolle 90,6 Prozent der Delegierten des Landesparteitages bestätigten den 45-jährigen Diplom-Kaufmann und geprüften PR-Berater in seinem Amt als Landesvorsitzender der CDU Berlin. Henkel ist seit 2001 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und seit 2008 Vorsitzender der CDU-Fraktion.



Bernd Krömer

Der 53-jährige Jurist ist Vater von vier Kindern und Bezirksstadtrat für Bauwesen in Tempelhof-Schöneberg. Knapp 80 Prozent der Delegierten wählten Krömer erneut zum Generalsekretär der Berliner Union.



Prof. Monika Grütters

Die Spitzenkandidatin der CDU Berlin für die Bundestagswahl 2009 engagierte sich auf den Regionalkonferenzen im vergangenen Herbst gemeinsam mit Frank Henkel erfolgreich für einen Neuanfang der Berliner CDU. Grütters wurde vom Landesparteitag zur stellvertretenden Landesvorsitzenden mit herausgehobener Funktion gewählt.



Michael Braun

Der Rechtsanwalt und Notar ist seit 1995 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und seit 2005 Kreisvorsitzender der CDU Steglitz-Zehlendorf. Braun ist als stellvertretender Fraktionsvorsitzender u.a. für die guten Kontakte zu den anderen Oppositionsparteien zuständig. Er wurde zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.



Prof. Thomas Heilmann

Der 44-jährige Werbefachmann ist Honorarprofessor an der Universität der Künste Berlin und Aufsichtsratsmitglied bei Scholz & Friends, einer der größten Werbeagenturen Europas. Heilmann verstärkt das Team von Frank Henkel als stellvertretender Landesvorsitzender.



Dr. Frank Steffel

Der 43-jährige Diplom-Kaufmann und Doktor der Wirtschaftswissenschaften ist Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Reinickendorf und stellvertretender Vorsitzender der Fraktion im Abgeordnetenhaus. Seit Mai 2005 ist Steffel Präsident des Sportvereins „Reinickendorfer Füchse“. Die Delegierten wählten Steffel zum stellvertretenden Landesvorsitzenden.



Andreas Statzkowski

Der neue Landesschatzmeister der CDU Berlin ist von Beruf Lehrer. Seit 2006 vertritt Statzkowski die Interessen Charlottenburg-Wilmersdorfs als Direktkandidat im Berliner Abgeordnetenhaus.



Die Beisitzer sind: Andreas Apelt, Claudia von Cossel, Burkard Dregger, Prof. Dr. Axel Ekkernkamp, Elke Hannack, Dr. Robbin Juhnke, Prof. Dr. Niels Korte, Martin Pätzold, Carsten-Michael Röding, Michael Schill, Katrin Schultze-Bernd, Prof. Dr. Manfred Wilke. Einzelwahlergebnisse finden Sie unter www.cduberlin.de

Als die Mauer zu wackeln begann



Anlässlich des 20. Jahrestages der gefälschten Kommunalwahlen in der DDR, die als einer der Ausgangspunkte der Friedlichen Revolution gelten, trafen sich Zeitzeugen aus Ost und West, um gemeinsam über die Ereignisse rund um den 7. Mai 1989 zu diskutieren. Eine spannende Reise in die deutsche Geschichte mit vielen persönlichen Erinnerungen.

Im Januar 1989, wenige Monate vor der Friedlichen Revolution, waren sich Erich Honecker und Walter Momper (SPD) einig: Die Mauer, die Deutschland und Berlin seit fast 30 Jahren teilte, werde noch lange stehen. „100 Jahre“ prophezeite der Staatsratsvorsitzende der DDR, während Momper sicher war, man müsse „noch im Jahre 2000 mit der Mauer leben“. „Ich war immer davon überzeugt, dass die Wiederverei-

nigung noch im 20. Jahrhundert kommen wird“, erinnert sich der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen (CDU) an die Zeit der deutschen Teilung. Gemeinsam mit der DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld und dem ehemaligen Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat, Prof. Dr. Manfred Wilke, ist Diepgen anlässlich des 20. Jahrestages der gefälschten Kommunalwahlen in der DDR zusammengekommen, um auf die Ereignisse rund um den 7. Mai 1989, die die Mauer erstmals zum Wanken brachten und schließlich zum friedlichen Umsturz des SED-Regimes führten, zurückzublicken. „Wer Ende der achtziger Jahre noch von Wiedervereinigung sprach, wurde oftmals heftig kritisiert“, schildert Diepgen die Reaktionen, die ihm noch kurz vor dem Fall der Mauer entgegenschlugen. „Ich bin stolz darauf, dass sich die CDU tapfer gegen den damaligen Zeitgeist gestellt und dieses Ziel nie aufgegeben hat“. Prof. Dr. Wilke kann diese Erfahrungen nur bestätigen: „Ich kann mich erinnern, dass Helmut Kohl immer wieder aufgefordert wurde, sein ‚Wiedervereinigungsgerede‘ sein zu lassen. Willy Brandt und seine SPD hatten ja noch 1989

von der Wiedervereinigung als ‚Lebenslüge der Bundesrepublik‘ gesprochen.“ Auf der anderen Seite der Mauer kämpfte Vera Lengsfeld seit Anfang der achtziger Jahre aktiv für Freiheit und Bürgerrechte in der DDR. „Westkontakte wie Prof. Dr. Wilke waren ein gewisser Schutz für uns Bürgerrechtler. Wir waren starken Repressionen ausgesetzt“, erinnert sich Lengsfeld, die nach der Wiedervereinigung erfahren musste, dass ihr Ehemann sie jahrelang für die Stasi bespitzelt hatte. Als *einschneidendstes Erlebnis ihres Engagements als DDR-Bürgerrechtlerin beschreibt Lengsfeld ihre Verhaftung bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar 1988. „Ich hatte mir schon lange im Vorfeld der Demonstration überlegt, wie ich es anstellen könnte, auf der einen Seite meinen Protest zu zeigen, auf der anderen Seite aber keinen Verhaftungsgrund zu liefern“, so Lengsfeld. Sie habe sich dazu entschlossen, einen Satz aus der Verfassung der DDR auf ihr Plakat zu schreiben: „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, [...] seine Meinung frei und öffentlich zu äußern...“.* „Damit fühlte ich mich auf der sicheren Seite, denn schließlich, so dachte ich damals, können die mich für einen Satz aus der DDR-Verfassung nicht verhaften“. Lengsfeld hatte sich getäuscht. Sie wurde sofort festgenommen und anschließend wegen „versuchter Zusammenrottung“ zu einer Haftstrafe verurteilt. „Versuchte Zusammenrottung! Das war ein Witz, denn ich war ganz alleine unterwegs“, beschreibt Lengsfeld die Willkür der DDR-Justiz. Ob sie denn nie Angst gehabt hätte, will einer der Zuhörer von der Bürgerrechtlerin wissen. „Natürlich hatte ich Angst“, so Lengsfeld, „doch es gibt Gefühle, die sind größer als die Angst“. Diese Gefühle hätten schließlich Hunderttausende auf die Straßen getrieben. „Und das war die Geburt eines gemeinsamen Deutschlands“, erklärt Prof. Dr. Wilke, „wir sollten stolz sein auf die Friedliche Revolution“. „Und wir sollten den Menschen in den neuen Bundesländern deutlicher zeigen, dass wir ihre Lebensleistung würdigen“, ergänzt Diepgen. Zum Ende der Diskussion sind sich alle Teilnehmer einig: „Die Wiedervereinigung ist alles in allem sehr gelungen“, bringt es Prof. Dr. Wilke auf den Punkt. Und Diepgen abschließend: „Ja, wenn man die Widerstände betrachtet, die damals national und international gegen die Wiedervereinigung standen, sage ich: Donnerwetter, was wir da gemeinsam geschafft haben!“



Berliner Weg sichert Zukunft der Job-Center

Mit einem neuen Vorschlag hat die Berliner CDU jetzt einen Weg aufgezeigt, wie die Jobcenter zur Betreuung von Langzeitarbeitslosen auch ab 2011 weiterarbeiten können. Gleichzeitig kann die Arbeit der Jobcenter dabei langfristig verbessert werden.



Entwickelt wurde ein Wahlrecht der Kommunen, nach dem diese die Jobcenter entweder selbst betreiben

dürfen oder die Bundesagentur für Arbeit für ihr jeweiliges Gebiet mit der Führung des Jobcenters betrauen können. Die weiter notwendige Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und Kommunen wurde mit einem ebenfalls neu definierten Prinzip der Kooperation auf eine bessere Grundlage gestellt. Der als „Berliner Weg zu verfassungsgemäßen Jobcentern“ bezeichnete

Beitrag enthält auch detaillierte Vorschläge, wie die komplizierten finanziellen, verwaltungstechnischen, juristischen und verfassungsrechtlichen Probleme angegangen werden können. Insbesondere bedarf es keiner Verfassungsänderung, sodass der Vorschlag nach der Bundestagswahl auch ohne große Koalition mit einfacher Mehrheit in Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden könnte. Das Bundesverfassungsgericht hat bekanntlich Ende 2007 die bisherige Regelung der Jobcenter für teilweise verfassungswidrig erklärt. Seitdem wird heftig diskutiert, wie die Neuregelung aussehen soll.

Der Fraktions- und Landesvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel, erklärt: „Die Frage, wie es mit den Jobcentern weitergeht, ist für Berlin sehr wichtig. Der jetzige Zustand muss aufgelöst werden, weil er zu einer massiven Verunsicherung der Betroffenen führt. Wir zeigen mit unserer Berliner Lösung einen Ausweg auf.“ Hingegen würde ein Abwarten ab 2011 zu chaotischen Verhältnissen führen, ergänzt Henkel.

Entwickelt wurde der Vorschlag unter der Führung des neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden und Unternehmers Thomas Heilmann (im Foto rechts). An der Ausarbeitung haben

auch Experten aus mehreren Landesregierungen, der Bundesanstalt für Arbeit, des Bundesministers für Arbeit, der Gewerkschaften und Verfassungsexperten mitgewirkt. Heilmann: „Dies ist natürlich noch kein Kompromiss der Ministerpräsidenten und des Bundes, aber er bietet eine Grundlage, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.“

Heilmann zeigt sich allerdings skeptisch, ob die SPD den Vorschlag annehmen werde, weil dort sehr zentralistische Tendenzen die Oberhand besäßen. Auch innerhalb der Union gebe es Stimmen, die eine Konzentration der Aufgaben bei der Bundesagentur befürworten. „Es gibt Raum für einen sehr guten Kompromiss. Je nach Ergebnis der Bundestagswahl könnte es nicht nur einen Weg aus der jetzigen Verfassungswidrigkeit geben, sondern eine deutliche Verbesserung für die betroffenen Bürger erreicht werden.“ Die Union werde deshalb nach der Bundestagswahl entscheiden, auf welchem Weg die Jobcenter gerettet werden sollen. Das hatte in den vergangenen Wochen die Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits angekündigt. „Die Union hat jetzt mehrere Pfeile im Köcher“, freut sich Heilmann.

Wie wir
38 | **30** Meter
weiter kommen.

Strategie-Abgeordnetenhauswahl
Die konstituierende Sitzung des neuen gleichnamigen Lenkungsrats findet statt am Mittwoch, 24. Juni, um 18.30 Uhr.

Offen für alle Mitglieder.
Anmeldung ab dem 8. Juni.
Ort? Sehen Sie selbst.

DIE CDU IN DEN BERLINER BEZIRKEN

GESCHÄFTSSTELLEN UND BÜRGERBÜROS

Reinickendorf

Großkopfstraße 6-7, 13403 Berlin
Tel.: 496 12 46, Fax : 496 30 53
Email: info@cdu-reinickendorf.de
Internet: www.cdu-reinickendorf.de

Mitte

Wallstr. 14 A, 10179 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: cdukv0509@aol.com
Internet: www.cduberlinmitte.de

Pankow

Prenzlauer Promenade 179, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Lichtenberg

Siegfriedstr. 204 C, 10365 Berlin
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928
Email: cdu-lichtenberg@t-online.de
Internet: www.cdulichtenberg.de

Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.spandau-partei-cdu.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

Hultschiner Damm 24, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 50, Fax: 56 69 74 55
Email: cdu-wuhletal@t-online.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Treptow-Köpenick

Rudower Chaussee 12, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: info@cdu-tk.de
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de

Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 791 17 89, Fax: 797 011 71
Email: kontakt@cdusz.de
Internet: www.cdusz.de

Tempelhof-Schöneberg

Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: cdu_tempelhof@t-online.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Neukölln

Donaustr. 100 , 12043 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 681 77 41
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: cdukv0502@aol.com
Internet: www.friedrichshain-kreuzberg-cdu.de

EUROPSKA-NJEMAČKA-HRVATSKO-FEŠTA DEUTSCH-KROATISCHES-EUROPA-FEST



Freitag 29. Mai 2009
19.30 Uhr
Tegeler Seeterrassen



In den Tegeler Seeterrassen,
Wilkestraße 2, 13503 Berlin-Tegel

Mit: Dr. Miro Kovac, Botschafter Kroatiens;
Joachim Zeller, Kandidat der CDU für das Europäische Par-
lament; Marlies Wanjura, Bürgermeisterin Reinickendorf;
Roland Gewalt, Mitglied des Europäischen Parlaments u.v.a.

Live Musik: Stari Kamen und Klapa Berlin
Für Speis und Trank ist gesorgt!

Eintritt: 15,- Euro; 10,- Euro
(für Schüler & Jugendliche bis 25 Jahre); Karten bei: HDZ
0173/615 96 99; CDU-Tegel 030/496 12 46

AUS DEM BUNDESTAG

Frauen-Netzwerke in Politik und Wirtschaft

Monika Grütters unterstützt nicht nur den jährlichen bundesweiten Girls´ Day, wenn es um Frauen in der Gesellschaft geht (im Foto am Girls´ Day mit „ihren“ teilnehmenden Mädchen und dem Bundesminister der Verteidigung Franz Josef Jung).

Unlängst nahm sie auch an der Podiumsdiskussion „Netzwerken in Politik und Wirtschaft“ des Bundesverbandes der Frauen



in Business und Management e.V. teil. „Frauen – vor allem, wenn sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren – verfügen über eine Fülle an Schlüsselqualifikationen und damit über ein außerordentliches Kapital im politischen Bereich. Sie sind flexibel, improvisationsstark, gut organisiert, hoch effizient sowie stressresistent und teamfähig. Dennoch sind Frauen nach wie vor in den Parteien, in der Politik und vor allem in Führungspositionen unterrepräsentiert“, stellt Monika Grütters fest. „Sie leisten zwei Drittel der Arbeitsstunden, haben ein Zehntel des Einkommens und ein Hundertstel des Eigentums auf dieser Welt.“ Für Frauen, so Grütters, sei es deshalb besonders wichtig, sich in Netzwerken zu organisieren.

Europa-Woche im Mehrgenerationenhaus

Anlässlich der bevorstehenden Europa-Wahl veranstaltet das Mehrgenerationenhaus Mittelhof in Steglitz-Zehlendorf eine Europa-Woche. „Mittendrin in Europa“ – so lautete der Titel der Auftakt-



veranstaltung. Zu diesem Thema war neben zahlreichen Erstwählerinnen und Erstwählern auch der Bundestags-

abgeordnete für Steglitz-Zehlendorf, **Karl-Georg Wellmann**, eingeladen. Die jungen Erwachsenen diskutierten zunächst in einem Workshop verschiedene Themenkomplexe. Anschließend erläuterte Karl-Georg Wellmann den Jugendlichen die Vorzüge der Europäischen Union und die Bedeutung der Europawahl für Berlin und die Bezirke. Auch die EU-Osterweiterung, die neue „Östliche

Partnerschaft“ und der lange, schwierige Weg der Ukraine in die Europäische Union wurden intensiv diskutiert. Karl-Georg Wellmann: „Das Mehrgenerationenhaus leistet mit dieser Veranstaltungsreihe einen aktiven Beitrag zur Europawahl, baut Vorurteile gegen die EU ab und zeigt: Europa geht uns alle an“.

Bonn-Berlin-Gesetz ohne Daseinsberechtigung

Das so genannte Bonn-Berlin-Gesetz zementiert seit über 10 Jahren das, was sich kein anderes Land der Welt leistet: einen geteilten Regierungssitz. Damals sollte Bonn mit dem Gesetz der prognostizierte Niedergang erspart bleiben, heute sieht die Realität ganz anders aus. Der Bundesstadt Bonn geht es dank zahlreicher Neuansiedlungen so gut wie nie zuvor. Und trotzdem wollen viele das Gesetz behalten, das seine Daseinsberechtigung längst

verloren hat. Der CDU-Bundestagsabgeordnete aus Spandau und Landesgruppenvorsitzende **Kai Wegner**: „Die Diskussion um einen Komplettumzug von Bonn nach Berlin gewinnt jeden Tag an Intensität. Es bekennen sich immer mehr Abgeordnete, Minister und Ministerpräsidenten zu Berlin und es wird immer klarer, dass dieser künstliche Zustand alsbald überwunden sein wird.“ Dieses zu fördern, sei eines der wichtigsten Ziele der Berliner Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Wegner: „Ich bin mir sicher, dass wir früher als von vielen vermutet den kompletten Regierungsumzug erreichen werden.“



Einzigartig für Europa

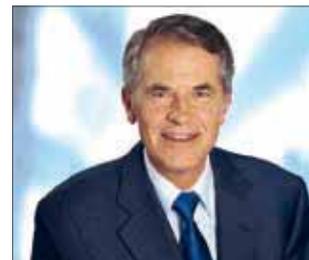
Als Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat **Ingo Schmitt** an der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg teilgenommen. Im Mittelpunkt der Debatte standen dabei die Präsidentschaftswahlen in Mazedonien, die Wahrung der Menschenrechte in Krisengebieten sowie Bekämpfung und Verbesserung des Schutzes gegen geschlechterspezifische Diskriminierung. Daneben feierte der Europarat sein 60-jähriges Bestehen. Die Parlamentarische Versammlung war das erste Gremium auf europäischer Ebene und damit in gewisser Weise Vorläufer des heutigen Europapar-

laments. Zu den wichtigsten Errungenschaften gehören die Abschaffung der Todesstrafe in den Mitgliedstaaten sowie die Einrichtung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. „Es ist einzigartig in der europäischen Geschichte, dass alle 47 Mitgliedsländer die Europäische Menschenrechtskonvention als verpflichtend anerkannt und sich auf gemeinsame soziale Mindeststandards geeinigt haben“, so Schmitt.



In der Krise Steuerrecht ändern

Die Finanzpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern Änderungen am Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 noch vor der parlamentarischen Sommerpause. Zur Abmilderung der Finanz- und Wirtschaftskrise müssten Änderungen an der Zinsschranke, an den Einschränkungen der Verlustverrechnung und den Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer erfolgen. Diese Verbreiterungen der steuerlichen Bemessungsgrundlage entzögen den Unternehmen in Deutschland Eigenkapital und verschlechterten damit ihre Wettbewerbssituation in Krisenzeiten. **Peter Rzepka**, Unions-Berichterstatter für das Reformgesetz: „Manche Unternehmen müssen Steuern zahlen, ohne Gewinne erzielt zu haben. Damit besteuert der Staat ihre Substanz. Das muss geändert werden, um einen großen Flurschaden in der Unternehmenslandschaft zu verhindern.“



Die Landesgruppe der fünf Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten:

Prof. Monika Grütters ist Spitzenkandidatin der CDU-Berlin für die kommende Bundestagswahl und hat ihren Wahlkreis in Marzahn-Hellersdorf, sie ist Obfrau der CDU/CSU-Fraktion für Kultur und Medien. Karl-Georg Wellmann, zweiter der CDU-Liste, will wieder sein Direktmandat im Wahlkreis Steglitz –Zehlendorf gewinnen; er ist Fachmann für Außenpolitik, Bauen und Umweltschutz. Der jüngste MdB, Kai Wegner, ist zugleich neuer Landesgruppenvorsitzender, Wirtschaftsfachmann und Spandauer Kandidat, sowie auf Platz 5 der Liste. Ingo Schmitt, Direktkandidat in Charlottenburg-Wilmersdorf, ist ausgewiesener Verkehrsexperte. Peter Rzepka, Tempelhof-Schöneberg, zeichnet sich durch den unermüdlichen Einsatz für seinen Bezirk aus.

Union vor Ort

Wahlkampf ohne Grenzen

Eine 20-köpfige Delegation der CDU Pankow ist unter der Leitung des Pankower Europakandidaten **Dr. Torsten Kühne** zum Europawahlkampf nach Paris gefahren. Auf Einladung der UMP Paris und ihres Generalsekretärs **Jean-Didier**



Berthault nehmen die Besucher aus Berlin an zahlreichen Veranstaltungen und am Straßenwahlkampf teil. Anlässlich eines Empfangs in den Räumen im Rathaus des 15. Bezirks betonte der Bürgermeister **Philippe Goujon** die Wichtigkeit der deutsch-französischen Beziehungen (Foto: GOUJON (Mitte), Generalsekretär Jean-Didier BERTHAULT (4.v.l.) (Foto: Ben Brill).

Fitness für Senioren

Charlottenburgs Lietzenseepark ist um eine Attraktion reicher: Bundesfamilienministerin **Ursula von der Leyen** weihte zusammen mit der Schauspielerin **Mariella Ahrens**, die zugleich auch Schirmherrin des Vereins Lebensherbst e.V. ist, den neuen Seniorentreffpunkt ein. Im



Beisein von 200 älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern dankte Vize-Bezirksbürgermeister **Klaus-Dieter Gröhler** (CDU) dem Verein für die Realisierung und Finanzierung der Einrichtung. Auf mehreren Freiluft-Fitness-Geräten können ältere Menschen sich dort nun sportlich betätigen.

1. Mai friedlich gefeiert

Auf dem Volksfest „Bunte Platte“ am 1. Mai 2009 in der Falkenberger Chaussee hat sich die CDU Hohenschönhausen mit einem Stand präsentiert (Foto: **Danny Freymark** (r.), **Martin Pätzold** (m.)) „Wir haben als CDU Flagge gezeigt und für unsere politischen Inhalte gewonnen. Das Volksfest zeigt, dass



der 1. Mai auch friedlich gefeiert werden kann“ sagte Martin Pätzold, Ortsvorsitzender der CDU Hohenschönhausen.

UHW hilft Schülern

„Hürdenspringer – Hilfe beim Berufseinstieg“ – so heißt das ambitionierte Projekt, das das UNIONHILFSWERK nach einem halbjährigen Probelauf unlängst offiziell in Neukölln gestartet hat. In Kooperation mit der Röntgen-Realschule helfen freiwillig engagierte Mentorinnen und Mentoren Schülern der 9. und 10. Klassen über die Hürde Berufseinstieg. Etwas, das in dem sozialen Brennpunktkiez dringend notwendig ist. Bestenfalls jeder Siebte der Schüler, zumeist aus Familien mit Migrationshintergrund, beginnt nach der Schule eine Berufsausbildung.



Daniel Büchel, Freiwilligen-Koordinator des UNIONHILFSWERK: „Das Besondere an unserem Modell ist, dass jedem Schüler ein ganz persönlicher Mentor zugeordnet ist. Der baut ein Vertrauensverhältnis auf, ist Vorbild, bringt seine persönlichen Erfahrungen und Kontakte ein.“ Die Mentorinnen und Mentoren im Alter von 25 bis 73 kommen dabei aus den unterschiedlichsten Berufen, vom Akademiker bis zum selbstständigen Handwerkmeister. Das Projekt wird durch das Bundesprogramm „Xenos – Integration und Vielfalt“ gefördert. www.huerdenspringer.unionhilfswerk.de

Bosbach begeistert Junge Union



Die Kommission Innenpolitik der Jungen Union Berlin unter der Leitung von **Daniel Dittmar** und **Sebastian Millies** konnte den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Wolfgang Bosbach**, als Referenten gewinnen (Foto). Nach dem Amoklauf von Winnenden gab es genügend Anlass für eine intensive Debatte. Für eine bessere Bekämpfung der Jugendkriminalität forderte Bosbach eine schnellere und manchmal auch härtere Ahndung der Taten.

Ständig überwacht

Die Ausstellung „Westarbeit im Osten“, die von der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) auf Initiative der CDU Fraktion Neukölln

zur Verfügung gestellt wird, zeigt die Hintergründe und Methoden der Staatssicherheit der DDR im Umgang mit dem „Klassenfeind“ Bundesrepublik Deutschland. Die Ausstellung ist im Rathaus Neukölln noch bis zum 29. Mai 2009 zu sehen. Die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin **Stefanie Vogelsang**, der Fraktionsvorsitzende in der BVV Neukölln **Falko Liecke** und **Gabriele Camphausen**, Lei-



terin Bildung und Forschung der BStU, eröffneten unter Beteiligung von drei Schulklassen des Neuköllner katholischen Gymnasiums St. Marien die Ausstellung.

CDU-Moabit befragt Bürger

Die CDU in Moabit hat sich einiges vorgenommen. Derzeit befragt sie die Menschen im Kiez. „Wie geht es weiter mit der Turmstraße“ heißt ihr Fragebogen. Die Umfrage, die zunächst auf 7000 Bögen ausgelegt ist, soll in Erfahrung bringen, welche Varianten der derzeit diskutierten Umgestaltungen der Turmstraße von den Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich gewollt ist. Der Ortsvorsitzende **Volker Liepelt** (Foto) gibt einen vorläufigen Zwischenstand: „Was man jetzt wohl schon sagen kann, ist, dass die Menschen hier mehrheitlich für die U-Bahn und gegen eine Straßenbahn sind.“



Das Rundschau-Rätsel

KBB



Hier sehen Sie Joachim Zeller, unseren Spitzenkandidaten für die Europawahl am 7. Juni, vor dem Französischen Dom am Gendarmenmarkt. Die Bezeichnung „Dom“ steht in diesem Falle nicht für eine Bischofskirche, sondern leitet sich von dem französischen Wort „dôme“ ab, was soviel wie Kuppel bedeutet. Von 2004 bis 2006 wurde der Turm mit Unterstützung des europäischen Strukturfonds EFRE umfassend restauriert und instandgesetzt. Wo die offiziellen Arbeiten vor drei Jahren abgeschlossen wurden, sind wir noch einen Schritt weitergegangen und haben den Französischen Dom – natürlich nur grafisch – ein bisschen

„umgebaut“... Finden Sie die 5 Unterschiede zwischen den beiden Bildern und gewinnen Sie mit ein wenig Glück zwei Karten für ein Heimspiel der Berliner Eisbären. Einsendeschluss ist der 30. Mai 2009. Für die richtige Lösung des letzten Rundschau-Rätsels darf sich Monika Schwalbe über einen 100-Euro-Gutschein vom Kulturkaufhaus Dussmann freuen. Herzlichen Glückwunsch!



**Fit für das Mandat:
Hilfe aus der Praxis
für die Praxis**

**Hier finden Sie das
aktuelle Programm
www.kbb-berlin.de**

**Und so erreichen
Sie uns:**

**Kommunalpolitisches
Bildungswerk
Berlin e.V. (KBB)
Paul-Lincke-Ufer 8b
10999 Berlin
Tel. (030) 204 509 32**

info@kbb-berlin.de

HERAUSGEBER UND VERLAG
CDU-Landesverband Berlin,
Wallstraße 14 A, 10179 Berlin
Tel.: 030 - 32 69 04-0 • Fax: 030 - 32 69 04 -44

REDAKTIONS LEITUNG:
Frank Henkel

CHEFREDAKTEUR :
Dirk Reitze

REDAKTION:
Ada Wendel, Melanie Groll

LAYOUT und PRODUKTION:
BerlinMedia GmbH
Tel. 030 - 47 888 -0

BILDNACHWEIS
von oben links nach unten rechts:
S. 1: iStock Alex Kalashnikov, Reitze, Rossbach
S. 2: iStock Ender Bierer;
S. 3: Reitze;
S. 4: Reitze;
S. 5: iStock Alex Kalashnikov;
S. 6: Privat; S. 7: Reitze;
S. 8, 9: Rossbach, Reitze;

S. 10: Reitze;
S. 11: Reitze;
S. 13: Reitze, Privat;
S. 14: Privat;
S. 15: Reitze;
S. 16: Chaperon

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal

**Der KBB-Vorstand:
Tim-Rainer Bornholt
Jürgen Vogt
Volker Liepelt
Verena Butalikakis
Frank Henkel**

Jetzt Briefwahl - geschickt wählen

Beantragen Sie noch heute Ihre Briefwahlunterlagen für die Europawahl und geben Sie Ihre Stimme für die CDU bereits vor dem Wahltermin am 7. Juni ab. Ein entsprechendes Formular haben Sie mit Ihrer Wahlbenachrichtigung erhalten. Sie können die Briefwahl per Post, per Telefax oder per E-Mail bei dem für Sie zuständigen Bezirkswahlamt beantragen. Die Frist für die **Beantragung der Briefwahlunterlagen** endet am **Freitag, dem 5. Juni 2009 um 18.00 Uhr**. Oder nehmen Sie die Möglichkeit der „Briefwahl zu Fuß“ wahr: Gehen Sie dazu mit Ihrem Personalausweis in Ihr Bezirkswahlamt und füllen Sie die Briefwahlunterlagen vor Ort aus.



Dieser **Abschnitt mit Ihrer eingedruckten Versandadresse** gilt für CDU-Mitglieder als Einlasscoupon für den Sicherheitsbereich bei der Abschlusskundgebung zur Europawahl am 04.06.2009. Bitte unbedingt mitbringen.

Abschlusskundgebung zur Europawahl

Mit Angela Merkel und Joachim Zeller

Donnerstag, 04. Juni 2009, ab 16.00 Uhr

Auf dem Breitscheidplatz an der Gedächtniskirche
Vorprogramm mit den Berliner Kandidaten zur Europawahl und Live-Musik von den „Cool Cats“
Ab 18:00 Uhr Rede der Bundeskanzlerin und des Präsidenten des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering

INFO-
COUPON

Name, Vorname
Straße, Hausnummer, PLZ
Telefon
eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

CDU Berlin • Wallstraße 14A • 10179 Berlin
Tel.: 030.32.6904-0 • Fax: 030.32.6904-44 • cduberlin@cduberlin.de

Mitmachen.

CDU